

# **Bismarck und Rußland**

## **Konvergenzen und Konflikte zweier europäischer Landmächte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts**

Walter T. Rix

Otto von Bismarck, Reichsgründer und Kanzler des Deutschen Reiches, wirft einen langen Schatten, der auch heute noch auf uns fällt. Gegenwärtig wirkt es so, als ob er aus diesem Schatten heraustritt und uns ein anschauliches Beispiel gibt, wie man das Verhältnis zu Rußland im Interesse eigener Erfordernisse in der angemessenen Weise wahrnehmen soll, ohne einen Spannungszustand heraufzubeschwören, der sich im Endeffekt nachteilig auswirkt. Blickt man auf die historische Forschung, so ist das Verhältnis von Bismarck zu Rußland sehr unterschiedlich gewertet worden. Die folgenden Ausführungen wollen daher Anhaltspunkte für ein möglichst ausgewogenes Bild der Rußlandpolitik Bismarcks liefern.

### **Der Krimkrieg**

Die erste große Herausforderung in Bezug auf Rußland war für Bismarck der Krimkrieg (1854-56). Es war die Zeit, in der er als Vertreter Preußens, als Legationsrat und Gesandter, am Frankfurter Bundestag noch einen Ausgleich mit Österreich suchte. In dieser Zeit zwang ihn die Krimkrise, auf europäischer Ebene gleich in mehrfacher Richtung tätig zu werden. Der sich schon länger abzeichnende Vorstoß Rußlands in Richtung Kaukasus und Mittlerer Osten erregte den Argwohn Englands und Frankreichs. Die russischen Expansionsbestrebungen warfen nämlich das Problem des Bosphorus sowie der Dardanellen auf und gipfelten letztlich darin, wer die Herrschaft über das Mittelmeer erlangen sollte. Das erklärt, weshalb aus dem russisch-türkischen ein europäischer Krieg wurde. Zunächst sahen die englischen Operationspläne eine Sperrung der Ostsee durch die Royal Navy vor, eine Kampagne, die durch ein weiteres militärisches Vorgehen gegen St. Petersburg fortgesetzt werden sollte. Bei einer Beteiligung sollte Preußen das Baltikum erhalten. In Absprache mit Schweden konnte Bismarck diesen Plan jedoch verhindern, so daß die Nordflanke Rußlands nicht länger bedroht war.

Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte Prinz Albert, der Ehemann von Queen Victoria, notiert: „Das schlimmste an diesem Krieg ist, daß wir ihn zu keinem entscheidenden Ende bringen können. Rußland ist eine große Landmasse, und die Schläge, die wir ihm an den wenigen Stellen versetzen können, die wir erreichen können, werden es nicht sehr beeindrucken. Wenn

Preußen und Österreich mit uns gehen, sieht die Sache anders aus, und der Krieg wird für Rußland unmöglich“.<sup>1</sup> Das Anliegen der russischen Außenpolitik mußte es daher sein, Preußen und Österreich mit ebensolcher Entschlossenheit von einem Kriegseintritt abzuhalten, wie England und Frankreich beide Ländern für eine Kriegsbeteiligung zu gewinnen trachteten. Das Ergebnis war ein beispielloser politischer Druck auf Preußen, begleitet von heftigen Pressekampagnen in England und Frankreich. Eine innenpolitische Krise zog in Preußen herauf, als Österreich unter Verletzung aller mit Preußen eingegangenen Vereinbarungen eine Allianz mit England und Frankreich einging und dabei auch noch versuchte, die deutschen Mittelstaaten in die antirussische Koalition zu ziehen. Friedrich Wilhelm IV. war im Grunde englandfreundlich und schwankte mit seiner Entscheidung, aber Bismarck konnte ihn überzeugen, daß Preußen als Schlachtfeld lediglich ein Spielball der westlichen Mächte wäre und man ein zukünftiges Auskommen mit Rußland bedenken müsse. Diese Haltung war nicht so einfach zu vertreten. Die Liberalen neigten sehr zu England und Konservativen ihrerseits unterstützten Bismarck zwar, aber in ihren Reihen fand sich eine kleine Fraktion unter Führung des Grafen Waldersee, die für eine Kriegsbeteiligung und ein Zusammengehen mit England war. Bismarck mußte daher aufpassen, daß diese Kräfte seine Pläne nicht hinter seinem Rücken durchkreuzten. Am 8. Februar 1853 gelang ihm der entscheidende Schritt: Er setzte eine Deklaration des Deutschen Bundes durch, die eine unumstößliche Neutralität festlegte. Hatten die Gegner Rußlands darauf gehofft, Preußen für ihre Armeen als Durchmarschgebiet zu nutzen, so war ihnen diese Möglichkeit sehr zu ihrem Unmut jetzt verwehrt. Die Erklärung der preußischen Neutralität gegenüber Zar Alexander trug die Handschrift Bismarcks: „Preußen würde die Zeche des Krieges zahlen. Frankreich wolle den Rhein, Österreich Schlesien und England den Ruin der preußischen Industrie“.<sup>2</sup>

Bismarck hatte sich damit auf der ganzen Linie gegen die unter Führung von Moritz von Bethmann-Hollweg stehende sogenannte „Wochenblattpartei“<sup>3</sup> durchgesetzt, die stark vom liberalen Geist geprägt war und eine Koalition mit England befürwortete. Rückblickend urteilt Bismarck über diese Kräfte mit recht deutlichen Worten: „Die Phrase und die Bereitwilligkeit, im Partei-Interesse jede Dummheit hinzunehmen, deckten alle Lücken in dem windigen Bau der damaligen westmächtlichen Hofnebenpolitik. Mit diesen kindischen Utopien [Sieg über

---

<sup>1</sup> Zitiert nach Dieter Cycon, *Die glücklichen Jahre. Deutschland und Rußland*. Herford, Hamburg, Stuttgart: Busse Seewald, 1991, S. 383.

<sup>2</sup> Kurt Borries, *Preußen im Krimkrieg (1853-1856)*. Stuttgart: Kohlhammer, 1930, S. 385-388.

<sup>3</sup> Benannt nach der Berliner Zeitschrift *Preußisches Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen* (1851-61), um die sich ein Kreis einflußreicher Politiker unter Führung von Moritz von Bethmann-Hollweg geschart hatte; dieser unterhielt enge Beziehungen zu Friedrich Wilhelm IV und war dadurch sehr einflußreich.

Rußland] spielten sich die zweifellos klugen Köpfe der Bethmann-Hollweg'schen Partei als Staatsmänner aus [sic], hielten es für möglich, den Körper von sechzig Millionen Groß-Russen in der europäischen Zukunft als ein *caput mortuum* zu behandeln, das man nach Belieben mißhandeln könne [...] Diese Politiker hielten sich damals nicht nur für weise, sondern wurden in der liberalen Presse als solche verehrt“.<sup>4</sup> Den Befürwortern eines Krieges gegen Rußland hält er sogar vor, daß sie eine „Zerstückelung Rußlands“ (GE, 396) anstreben würden. Und in einer Unterredung mit Prinz Albert von Preußen, der im Sinne der Wochenblattpartei den König zugunsten des Kriegseintritts beeinflussen sollte, macht er deutlich „daß wir absolut keinen eigenen Kriegsgrund gegen Rußland hätten und kein Interesse an der orientalischen Frage, das einen Krieg mit Rußland oder auch nur das Opfer unserer langjährigen guten Beziehungen zu Rußland rechtfertigen könnte; im Gegenteil, jeder siegreiche Krieg gegen Rußland unter unserer nachbarlichen Beteiligung belade uns nicht nur mit dem dauernden Revanchegefühl Rußlands ...“. Ein solcher Krieg sei ein grundlegender Fehler gegen „den bisherigen Freund und immerwährenden Nachbarn“. Seine Ausführungen schließt er mit pointierter Polemik: „Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen hat“ (GE, 98).

Desgleichen entkleidet er in seinen *Gedanken und Erinnerungen* die englische Politik des Krimkrieges ihres moralischen Anspruchs und verweist auf das zugrundeliegende Machtstreben. Zugleich rückt er die in Deutschland durch eine derartige Politik ausgelösten Illusionen zurecht, so daß geradezu beklemmende Parallelen zur heutigen Situation hervortreten: „... Einflüsse, die ihre Wirksamkeit nicht politischen Erwägungen verdanken, sondern Gemütseindrücken, welche die Redensarten von Humanität und Zivilisation, die aus England bei uns importiert werden, auf deutsche Gemüter noch immer haben; war uns doch während des Krimkrieges von England aus nicht ohne Wirkung auf die Stimmung gepredigt worden, daß wir ‚zur Rettung der Zivilisation‘ die Waffen für die Türken ergreifen müßten“ (GE, 406). In einer späteren Betrachtung findet sich sogar eine grundsätzliche Bemerkung, die auf das Wesen der englischen Politik zielt: „Da die Archive des Auswärtigen Amtes in London ängstlicher als irgendwo gehütet werden, läßt vermuten, daß in ihnen noch manche ähnliche Probe [der moralischen Heuchelei in der Politik] zu entdecken sein würde“ (GE, 493).

Die Kampfhandlungen konzentrierten sich auf die Halbinsel Krim und hier auf die Festung Sewastopol, die ironischerweise von dem deutschen Pionierobristen Graf Eduard von Totleben

---

<sup>4</sup> Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*. Köln: Anaconda, 2015, S. 95f. Alle folgenden Zitate aus dieser Ausgabe mit GE und Seitenangabe direkt im Anschluß an das Zitat. Die zitierte einbändige Ausgabe beruht auf der zweibändigen Cotta-Ausgabe, Stuttgart und Berlin: 1905.

gemäß den Anforderungen eines neuzeitlichen Krieges von einer historischen Burgranlage in eine moderne Festung umgestaltet worden war. Allein Sewastopol wurde ein Jahr lang blutig umkämpft und der Krieg verschlang insgesamt mehr als 500.000 Menschenleben. Seit dem Wiener Kongress war der Krimkrieg wieder der erste Krieg in Europa, der die Ordnung Metternichs aus den Angeln hob: „Der Krimkrieg kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden. Das seit 1815 und über das Revolutionsjahr 1848/49 hinweg funktionierende Konzert der europäischen Großmächte war aus den Fugen, das Bündnis der drei schwarzen Adler (Rußland, Österreich, Preußen) lag in Trümmern, Österreich hatte das Band, das es jahrzehntelang mit Rußland verbunden hatte, zerschnitten, ohne in Frankreich und Großbritannien verlässliche Verbündete zu finden, alle Machtbeziehungen gerieten in Fluß. Nicht zuletzt durch den jetzt manifesten russisch-österreichischen Gegensatz verbesserten sich Preußens Chancen in der europäischen Mächtekonstellation“.<sup>5</sup> Für Rußland endete der Krieg mit einem Fiasko, und Preußen wurde seitens der Westmächte nur widerwillig und mit großer Verspätung zur Friedenskonferenz eingeladen. Für Bismarck stellte die Situation nunmehr eine gewaltige Herausforderung dar, wollte er Preußen und später das Deutsche Reich angemessen in die europäische Mächtekonstellation einfügen.

### **Diplomatische und politische Praxis**

Die Wahlen vom November 1858 zum Preußischen Abgeordnetenhaus hatten einen überragenden Sieg der Liberalen gebracht und die Konservativen zu einer kleinen Minderheit zusammenschmelzen lassen. Nach der Revolution von 1848/49 und dem Wahlsieg der Liberalen folgte nach der Kabinettsumstellung unter Wilhelm I. die Politik der „Neuen Ära“. Jetzt wehte der Wind gegen Bismarck, der am 29. Januar 1859 als Bundestagsgesandter abberufen und gleichzeitig zum preußischen Gesandten am russischen Hof in St. Petersburg ernannt wurde. Mit seiner Politik während des Krimkrieges hatte er sich bereits für diesen Posten empfohlen. Tatsächlich empfing man ihn dort mit großer Sympathie, nicht zuletzt, weil Alexander II. ein Neffe von Wilhelm I. war. Der Zar gewährte ihm gleich nach seiner Ankunft eine ungewöhnliche lange Audienz von zwei Stunden. Er erhielt sogar Zugang zur Familie des Zaren, eine für diplomatische Kreise in St. Petersburg absolute Ausnahme. Schnell erkannte Bismarck, daß seine Funktion am russischen Hofe keine „Kaltstellung“ war, wie er zunächst meinte, sondern eine Position von hoher Bedeutung und beträchtlichen Einflußmöglichkeiten. In dieser Zeit am russischen Hofe gewinnt er Einsichten und Kontakte, die für seine weitere

---

<sup>5</sup> Eberhard Kolb, *Otto von Bismarck. Eine Biographie*. München: C.H. Beck, 2014, S. 54. Zu der Petersburger Mission: Boris E. Nolde, *Die Petersburger Mission Bismarcks 1859-1862: Rußland und Europa zu Beginn der Regierung Alexander II.* Leipzig: Lamm, 1936.

Laufbahn und seine Politik von entscheidender Bedeutung werden sollten. Als er 1862 nach Berlin zurückkehrte, kam die erwartete Berufung in das Ministerium nicht zustande, denn man zögerte, den selbstbewußten Diplomaten zum Minister zu ernennen. Am 21. Mai 1862 schrieb er an seine Frau Johanna: „Sonnabend bin ich 14 Tage hier, dann explodiere ich und verlange einen Posten oder meinen Abschied“.<sup>6</sup> Einen Tag später ernannte man ihn zum preußischen Gesandten in Paris, so daß seine östliche Perspektive durch eine westliche Blickrichtung ergänzt wird.

### **Zeit der Verständigung**

Bis 1890 zeichnete sich in dem Verhältnis zwischen Preußen/Deutschland und Rußland eine relative Kontinuität ab, die zwar nicht störungsfrei, aber von dem Willen beider Seiten geprägt war, auch in kritischen Fragen zu einer Übereinkunft zu kommen. Abmachungen führten daher auf einer begrenzten Grundlage des gegenseitigen Vertrauens zu einem Ausgleich der Interessen sowie zu verlässlichen staatlichen Arrangements. Wesentliche Kräfte waren dabei der monarchische Gedanke und die entschiedene Haltung der Monarchien gegen jede Form von revolutionärer Strömung, einschließlich der nationalen Erhebungen. Daß diese Beziehungen auch ganz besondere Früchte tragen konnten, zeigte die Alvenslebensche Konvention vom 8. Februar 1863. In Polen hatten sich die nationalen Kräfte gegen die russische Herrschaft erhoben und konnten dabei nicht nur bei den liberalen Vertretern Europas, sondern sogar in den nach Reformen strebenden Kreisen Rußlands mit Sympathien rechnen. In seiner ausgeprägten Abneigung gegen revolutionäre Tendenzen fürchtete Bismarck, daß der polnische Aufstand auch auf Posen und Westpreußen übergreifen könnte. Er sandte daher den Generaladjudanten des preußischen Königs, Gustav von Alvensleben, nach St. Petersburg, wo dieser am 8. Februar 1863 mit dem russischen Vizekanzler Gotschakow eine Konvention aushandelte: Die Truppen beider Staaten sollten sich im Bedarfsfalle wechselseitig Hilfe leisten und sogar im Kampf mit den Aufständischen das Territorium des anderen betreten dürfen. Interessant ist, daß diese Konvention bereits nach kurzer Zeit auf französischen Druck hin aufgelöst werden mußte. Dennoch war sie von weitreichender Bedeutung, denn Bismarck hatte durch sie das Vertrauen des Zaren gewonnen und damit während des deutschen Einigungsprozesses den Rücken im Osten frei. Die dabei ausgelöste Feindschaft der Liberalen konnte er im Interesse seines höheren Zieles verkraften.

1864 läßt der Schleswig-Holstein Konflikt wiederum eine für die deutsche Seite nicht unwesentliche Mächtekonstellation erkennen. In Erwartung auf englische Unterstützung wies

---

<sup>6</sup> Heinz Wolter (Hg.), *Otto von Bismarck. Dokumente seines Lebens*. Leipzig: Reclam, 1. Aufl. 1896, S. 154.

Dänemark das im Rahmen der Bundesexekution gestellte Ultimatum, die neue Verfassung Dänemarks wieder aufzuheben, zurück. Daraufhin überschritten deutsche und österreichische Truppen am 1. Februar 1864 die Eider. Während England, vor allem Premier Lord Palmerston, eine Flankensicherung der dänischen Ambitionen versprach und Frankreich nach einer Schwächung der deutschen Seite suchte, war Rußland erfreut, daß Österreich im Norden und nicht auf dem Balkan beschäftigt war und verdeutlichte Bismarck, daß es keine grundlegende Machtveränderung im Ostseeraum sah und daher eine wohlwollende Neutralität üben würde. So kompliziert wie der Konflikt schon an sich war, so schwierig erwies sich der Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864. England baute staatsrechtliche Hindernisse auf und Frankreich pochte auf das als revolutionär eingestufte Selbstbestimmungsrecht. Nur Rußland versuchte, ganz im Sinne Bismarcks, die Absichten von Napoleon III., der in den Augen des Zars der größte Widersacher war, zu schmälern und trat damit auf die deutsche Seite.

Das weitgehende und nur durch wenige Bruchlinien gestörte Einvernehmen erwies sich geradezu als geschichtsmächtig in Bezug auf die Entwicklung des deutschen Einigungsprozesses. Insbesondere Frankreich und England betrachteten die Entwicklung nicht nur äußerst mißtrauisch, sondern auch mit Überlegungen, wie man den Fortgang im eigenen Sinne beeinflussen könnte. Ihnen wäre der Fortbestand und die Anhäufung von kraftlosen Fürstenstaaten in der Mitte Europas viel lieber gewesen, als die Entstehung einer zentralen Macht, mit der sie sich in Zukunft auseinanderzusetzen hatten. Da Bismarck mit Bedacht vorging, mußte er die Reichsgründung in die herrschende Machtkonstellation einfügen. Aus diesem Grunde setzte ein lebhafter diplomatischer Verkehr auf dem Wege zur Reichsgründung ein. Es ist interessant, daß hier offenbar eine Forschungslücke von deutscher Seite aus noch nicht geschlossen wurde, denn es fehlt bislang eine systematische Auswertung des diesbezüglichen Materials in russischen Archiven. Was allerdings vorliegt, weist darauf hin, daß die Diplomatie Bismarcks die russische Position sorgfältig abgeklopft hat, um die zu erwartende Reaktion herauszufinden. Danach stimmte der Zar der Entstehung eines neuen Machtgebildes in der Mitte Europas unter Führung Preußens nicht nur aus Gründen dynastischer Solidarität zu, sondern auch, weil er in dem entstehenden Deutschen Reich, wie die vorausgegangenen Erfahrungen gezeigt hatten, eine Kraft sah, von der am wenigsten Feindschaft zu erwarten hatte. Auch war er sich dessen bewußt, daß Bismarck im Gegensatz zu Frankreich und England in der Meerengenfrage sowie bei den russischen Ambitionen im mittleren Osten nicht intervenieren würde. Mit dieser Entscheidung des Zaren im Rücken konnte Bismarck nunmehr die Reichsgründung mit entschlossenem Handeln durchsetzen. In den Klagen russischer Diplomaten nach 1890, die ihr Unverständnis bezüglich der nicht

erfolgten Verlängerung des Rückversicherungsvertrages zum Ausdruck brachten, taucht wiederholt, mehr oder weniger deutlich, der Vorwurf auf, daß die Reichsgründung einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, hätte der Zar Bismarck nicht den Rücken gestärkt.

### **Bruchstellen**

Das Verhältnis zu Rußland setzte sich naturgemäß aus mehreren Komponenten zusammen, so daß auch Kräfte auftraten, die den politischen Intentionen entgegenwirkten. Zu einer schweren Belastung, die schließlich ein anhaltende Trübung auslöste, erwies sich der Berliner Kongreß (13. Juni-13. Juli 1878). Es war nicht im Sinne Bismarcks, hier den Vorsitz zu übernehmen. Auch war nicht Berlin, sondern Wien seine erste Wahl, denn er war sich dessen bewußt, daß eine derartige Konferenz nicht allen gerecht werden konnte, und er wollte von vornherein verhindern, daß sich der zu erwartende Unmut auf Preußen und seinen Kanzler konzentrierte. Aber die Russen bestanden auf Berlin und lehnten Wien entschieden ab. Da auch England Berlin favorisierte, eignete man sich schließlich auf die preußische Regierungsstadt. Während der Wiener Kongreß noch tanzte, verlief der Berliner Kongreß entsprechend in preußischer Strenge. Dennoch wirkte er mit der grandiosen Panoramaentfaltung seiner erlesenen diplomatischen Creme wie eine Schauveranstaltung der letzten europäischen Kabinettpolitik.

Der Kongreß wurde erforderlich, weil sich die europäischen Mächte in einer Lage fanden, die derart unübersichtlich geworden war, daß die Politik in ihrer weiteren Entwicklung zu entgleisen und unerwünschte Kriege auszulösen drohte. Am 14. April 1877 hatte Rußland der Türkei den Krieg erklärt und war aus diesem Konflikt als überragender Sieger hervorgegangen. Nach diesen Erfolgen der Russen mußte der Sultan auf Drängen der europäischen Mächte 1878 im Frieden von San Stefano einen schmachvollen Vertrag unterzeichnen. Das Osmanische Reich verlor nahezu alle europäischen Besitzungen, es mußte die volle Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros anerkennen. Als Marionette Rußlands entstand ein Großbulgarien. Doch der Vertrag von San Stefano hatte alles andere als Frieden geschaffen. Rußland trat praktisch die Nachfolge der osmanischen Herrschaft an und geriet damit automatisch nicht nur in den Gegensatz zu Österreich, sondern auch zu England. Die Österreicher sahen ihre Südflanke bedroht, und die Engländer schickten unverzüglich ihre Flotte in das Marmarameer, um, wie sich bereits im Krimkrieg gezeigt hatte, ihr Interesse an einer freien Durchfahrt zum Schwarzen Meer zu sichern.<sup>7</sup> Der englische Premier Disraeli ließ an die 5.000 Gurkhas auf

---

<sup>7</sup> Diese geopolitische Ausrichtung setzt sich bis heute fort. So hat die NATO bereits im März 2015 (!) ein großes Seemanöver im Schwarzen Meer durchgeführt. Am 6. Juni 2016 passierte der US-Zerstörer „Porter“ den

Malta stationieren, die im Bedarfsfalle sofort eingreifen konnten. In den heraufziehenden Konflikt waren alle europäischen Großmächte involviert einschließlich Italien. Einzig das Deutsche Reich hatte keine eigenen Interesse auf dem Balkan. Berlin empfahl sich daher, auch weil Bismarck unter den Politikern Europas großes Ansehen genoß, als Vermittler in diesem Konflikt, wollte Europa sich nicht in einen verhängnisvollen Krieg stürzen.

Bismarck fühlte sich nicht sehr wohl in seiner Rolle und war sich dessen bewußt, daß er über dünnes Eis ging. Die sogenannte „Orientalische Frage“ schwebte wie eine dunkle Wolke über dem Kongreß. Die österreichischen Orientinteressen gingen mehr mit den englischen zusammen als mit den russischen. Frankreich seinerseits warb um ein Bündnis mit Rußland und war daher eher bereit, die russische Orientpolitik zu unterstützen. Damit zog die Gefahr herauf, daß der Kongreß infolge der Koalitionsbildungen das Dreikaiserbündnis sprengen und Deutschland zwischen zwei feindlichen Mächtegruppen stehen würde. Bismarck bemühte sich aus diesem Grunde, das in Rußland aufkeimende Mißtrauen zu entkräften. Auf seine Initiative hin wurde Feldmarschall von Manteuffel noch vor dem Kongreß mit einem Handschreiben des Kaisers zum Zaren gesandt, in dem diesem versichert wurde, daß das Reich eingedenk des russischen Wohlwollens 1812 und 1864 bis 1871 an der Seite des Zaren stehen würde. Doch die politische Entwicklung manövrierte das Reich in eine höchst peinliche Situation, in der es eigentlich zeigen mußte, ob seine Zusage nur verbaler Natur war oder einem festen politischen Willen entsprang. Als die Serben nun von den Türken geschlagen wurden, drängten die Russen auf die Erfüllung der Konvention von Reichstadt (8. Juli 1876), durch die Kaiser Franz Joseph und Zar Alexander II. die Balkanstreitigkeiten vorübergehend beigelegt hatten, und wollten unverzüglich in die Türkei einmarschieren.<sup>8</sup> Das mußte jedoch mit den Balkaninteressen Österreichs kollidieren. Als Bismarck noch mit Österreich verhandelte, erreichte ihn aus St. Petersburg die Anfrage, ob bei einem russisch-österreichischen Krieg Kaiser Wilhelm sich so wohlwollend verhalten würde, wie es Zar Alexander bei der Reichsgründung getan hätte. Das, was Bismarck bisher sorgfältig vermieden hatte und auch in Zukunft zu vermeiden dachte, nämlich zwischen Rußland und Österreich zu wählen, das sollte ihm nun aufgezwungen werden. Die Antwort in diesem Falle konnte nur eine Meisterleistung vernebelnder Diplomatie

---

Bosporos auf dem Weg in das Schwarze Meer. Die ständige Präsenz von NATO-Kriegsschiffen im Schwarzen Meer ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, denn sie verletzt den 1936 geschlossenen Vertrag von Montreux, der bis heute den Schiffverkehr durch den Bosporos, die Dardanellen und das Marmarameer regelt.

<sup>8</sup> Zu den völkerrechtlichen Fragen des Balkans in Zusammenhang mit dem Berliner Kongreß: Serge Maiwald, *Der Berliner Kongress 1878 und das Völkerrecht. Die Lösung des Balkanproblems im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Wiss. Verlags-Gesellschaft, 1948.



sein, die Rußland weder enttäuschte noch ermutigte, den Zaren jedoch in keiner Weise zu befriedigen vermochte.

Die im Frieden von San Stefano für den Zaren so vorteilhaft erfolgte Umgestaltung der Landkarte, die u.a. Rußland als Schutzmacht Bulgariens die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel einräumte, konnte für Österreich nicht hinnehmbar sein. Sie verbitterte nicht nur die um ihren politischen Lohn gebrachten Rumänen, sondern auch die Griechen, die ihren mazedonischen Teil an die Bulgaren abgeben mußten. Vor allem aber wollten die Engländer nicht ruhig zusehen, wie sich die russische Macht bis zum Ägäischen Meer ausdehnte. Die Royal Navy war bereits im Februar 1878 zum Bosphorus ausgelaufen. Während in Rußland die Presse unter dem Einfluß des Panslawismus auch gegen das Deutsche Reich zu Felde zog, erging sich die englische Presse wie bereits vor dem Krimkrieg in einem ungezügelter Jingoismus gegen Rußland.

Für Bismarck bestand das Problem nun darin, daß die russische Diplomatie den Präliminarfrieden von San Stefano als Fahrplan für die Kongreß betrachtete und unter Hinweis auf die Schützenhilfe bei der Reichsgründung unnachsichtig die Unterstützung des Reiches einforderte. So insistierten die Russen, daß das von den Deutschen gegebene Hilfsversprechen nicht nur „platonischer Natur“ sein dürfe. Bismarck konnte dieses Ansinnen nur dilatorisch behandeln. Bisweilen wurde er jedoch sehr deutlich. So berichtet er in seinen *Gedanken und Erinnerungen* über eine Unterredung mit dem Grafen Schuwalow während der Balkankriege: „Ich sagte ihm, daß wir, wenn wir der Festigkeit eines Bündnisses mit Rußland die Beziehungen zu allen anderen Mächten zum Opfer brächten, uns bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revangelust bei unserer exponierten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden“ (GE, 302). Diese Äußerung faßt Bismarcks Politik wie in einer Nußschale zusammen: Die Verständigung mit Rußland, aber nicht als ein unverrückbares politisches Axiom, die Beobachtung des europäischen Kräftespiels und das Bewußtsein der instabilen Mittellage des Reiches in Europa. Auch wenn er sich über die deutschfeindlichen Pressekampagnen in Rußland äußert, macht er deutlich, wo die Grenzen eines Zusammengehens liegen: „Die leidenschaftliche Bitterkeit der Sprache allrussischer Organe, die durch die Zensur autorisierte Verhetzung der russischen Volksstimmung gegen uns ließ es dann geraten erscheinen, die Sympathien, die wir bei nichtrussischen Mächten noch haben konnten, uns nicht zu entfremden“ (GE, 495).

Sehr zur Freude der Engländer und zum großen Mißfallen der Russen wurde unter der Verhandlungsführung Bismarcks der für den Zaren so vorteilhafte Präliminarfrieden von San

Stefano revidiert. Damit wurde das russische Übergewicht auf dem Balkan beseitigt und letztlich auch der Expansionsdrang in Richtung des Fernen Ostens, das Wettrennen mit England („The Great Game“), etwas gebremst. England, das bereits vor dem Kongreß in Sachen Zypern einen Geheimvertrag mit der Türkei geschlossen hatte, konnte sich die Insel jetzt auch offiziell sichern und hatte außerdem das Tor zum Schwarzen Meer aufgestoßen. Von den glanzvollen Eroberungen Rußlands blieb nur Bessarabien bis zum Donaudelta übrig. Die englische Massenpresse jubelte und nannte Disraeli und Bismarck nur noch liebevoll „Dizzy and Bizzy“, ständiges Salz in die Wunde der Russen. Der englische Außenminister Lord Salisbury wurde mit dem Hosenbandorden ausgezeichnet und Premier Disraeli zollte Bismarck höchstes Lob, ein Vorgang, der in der Politik eher zur Vorsicht mahnen sollte.

Das deutsche Bestreben, keine Parteilichkeit walten zu lassen, hatte England viele Vorteile verschafft, aber keinen Gewinn für Deutschland gebracht. Nicht wenige Wehrmutstropfen waren in den Wein der deutsch-russischen Beziehungen gefallen. Der Zar reagierte in einer Form, die bereits von den Zeitgenossen als „Ohrfeigenbrief“ bezeichnet wurde. In einem Handschreiben vom 15. August 1879 an Wilhelm I. brachte Alexander II. in sehr deutlicher Sprache zum Ausdruck, daß er die Verschlechterung der Beziehungen in der Person Bismarcks und dessen Verhandlungsführung sah. Vor allem zeigte er sich besorgt im Hinblick auf die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Das aufkeimende Mißtrauen verschaffte Frankreich nunmehr die Möglichkeit, die ersten Fühlung mit den antideutschen Strömungen in Rußland aufzunehmen.

Gewitterwolke im Verhältnis beider Staaten zueinander zogen auch in Zusammenhang mit der Schutzzollgesetzgebung und teilweise auch im Finanzbereich auf.<sup>9</sup> Nach 1871 drängte die sich stürmisch entwickelnde deutsche Wirtschaft auf den russischen Markt. Andererseits zeichnete sich auch in Rußland ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung ab und auch die Industrie überwand ihr anfänglich bescheidenes Stadium. Wesentlichen Anteil daran hatte die rasche Entwicklung des russischen Eisenbahnwesens, die sich mit Hilfe von Anleihen bei deutschen Großbanken und unter der Leitung deutscher Ingenieure vollzog. Dieses Wirtschaftswachstum beider Staaten führte im politischen Raum jedoch zu Spannungen, die außerhalb der Kontrolle selbst eines Bismarck lagen. Rußland war darauf bedacht, seine Wirtschaft durch Zölle zu schützen, und Deutschland wollte seine Rußlandexporte nicht durch Schutzzölle behindert wissen. War für die russische Landwirtschaft der Weizen- und Roggenexport nach Deutschland

---

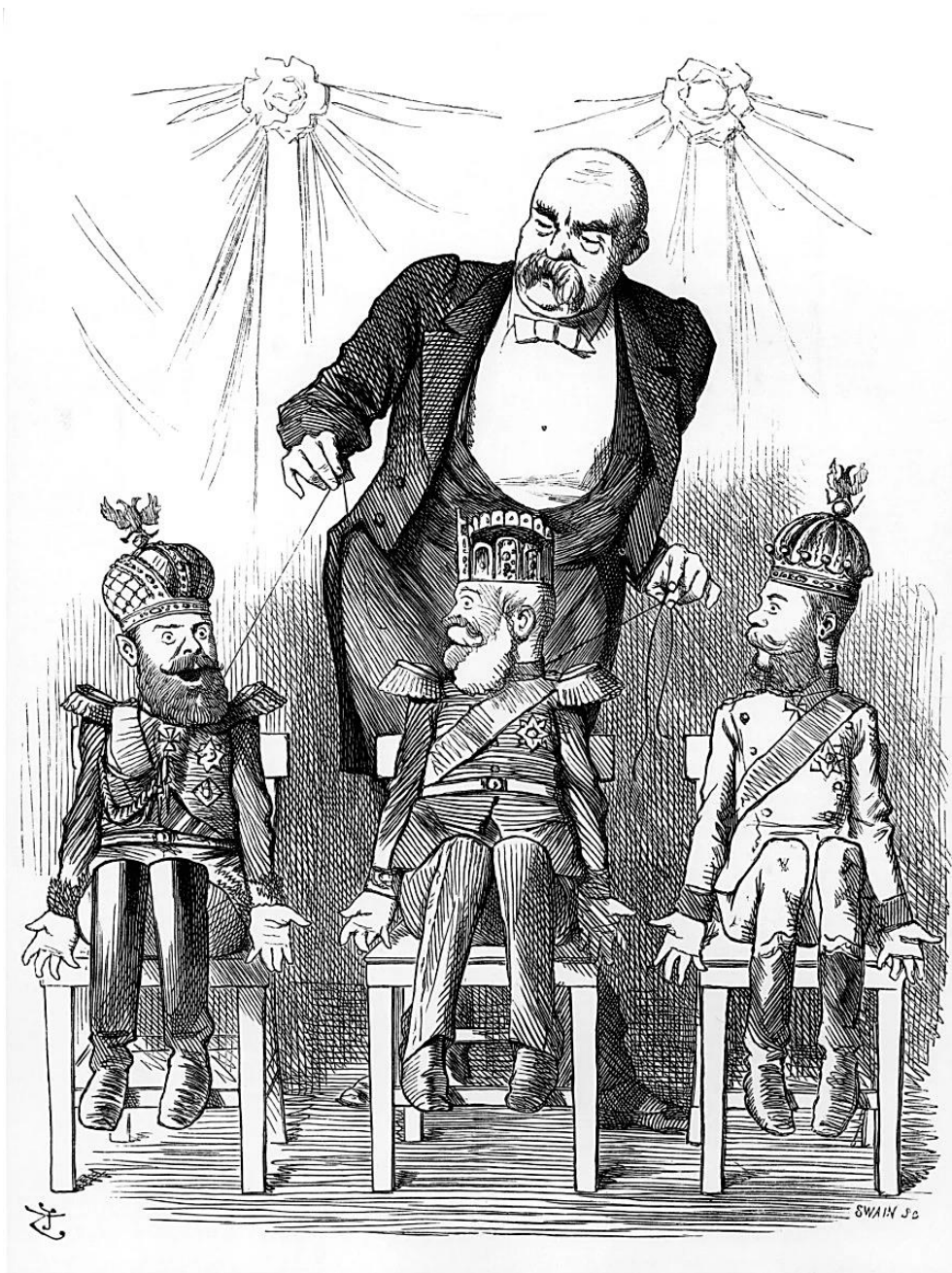
<sup>9</sup> Hierzu: Guido Thiemeyer, „Otto von Bismarck und die Internationalisierung der Wirtschaft“, in: Ulrich Lappenküfer, Karina Urbach (Hgg.), *Realpolitik für Europa – Bismarcks Weg*. Paderborn: Schöningh, 2016, S. 185-210.

ein wesentlicher Faktor, so wehrte sich die deutsche Landwirtschaft dagegen, von russischem Getreide überschwemmt zu werden. Es entstand eine Situation, die weit außerhalb des Rahmens eines einvernehmlichen Handelsabkommens lag und mehr den Charakter eines Zollkrieges annahm. Bismarck versuchte, aus dieser Zwangslage herauszukommen, indem er Außen- mit Innenpolitik miteinander verband. Er bot den Russen Konzessionen in der Außenpolitik an, so z.B. in der Bulgarienfrage, und drang gleichzeitig auf eine Senkung der russischen Schutzzölle. Damit schuf er allerdings instabile Abhängigkeiten, die die eigentlichen Spannungen nicht aufheben und jederzeit durch die politische Entwicklung aus dem Gleichgewicht gebracht werden konnten.

Weitere Spannungen bauten sich innerhalb des Finanzsektors auf. Bis weit in die 80er Jahre war das Deutsche Reich der Hauptfinanzier Rußlands. Es waren die deutschen Großbanken wie Mendelssohn, Rothschild, Bleichröder und die Discontogesellschaft, die dem Zaren Kapital in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen zur Verfügung stellten. Bismarck seinerseits sah in diesem Kapitalexport ein wichtiges politisches Mittel, um Einfluß auf die russischen Entscheidungen zu nehmen. In der Weise wie durch den Zustrom dieser Mittel nach Osten das Zarenreich wirtschaftlich erstarkte, wuchs die Opposition in Deutschland, an ihrer Spitze Alfred von Waldersee mit seinen Präventivkriegsplänen gegen Rußland, die den Kapitalexport nach Rußland zu unterbinden trachtete. Schließlich sah sich Bismarck unter dem Druck der Opposition gezwungen, der Reichsbank zu verbieten, Lombardanleihen auf russische Wertpapiere zu geben.<sup>10</sup> Besondere Brisanz erhielt diese Entscheidung, weil sie im November 1887 unmittelbar vor dem Besuch von Alexander III. in Berlin getroffen wurde. Der Zar konnte sie nur als einen unfreundlichen Akt verstehen. Papiere, die weder verpfändbar noch kreditwürdig waren, wurden von den deutschen Banken jetzt abgestoßen. Die Kreditwünsche der Russen wurden in der Folgezeit von den Pariser Großbanken erfüllt.

---

<sup>10</sup> Beim Lombardkredit erhält der Kreditnehmer ein Darlehen für das er als Pfand Wertpapiere hinterlegt, um mit dem gewährten Kredit weitere Wertpapiere zu erwerben. Eine probate Methode der „Geldvermehrung“.



Karikatur der englischen Zeitschrift *Punch* vom 20. September 1884

„Die drei Kaiser und der Bauchredner aus Varzin“

Die Karikatur hat das Dreikaiserbündnis zum Gegenstand: Man meint, die drei Kaiser (links: Zar Alexander III., Mitte: Kaiser Franz Joseph, rechts: Kaiser Wilhelm I.) mit ihren Ansichten zu vernehmen, aber in Wirklichkeit ist es Bismarck, der die drei als Marionetten an seinen Fäden führt und für sie spricht. Varzin ist ein Landsitz von Bismarck in Hinterpommern auf halbem Wege zwischen Stettin und Danzig, auf dem er sich besonders gerne aufgehalten hat.

### Das Bündnissystem und sein Ende

Für Bismarck befanden sich die Beziehungen der Staaten untereinander grundsätzlich in einem „flüssigen Aggregatzustand“, auf den ein Staatsmann fortwährend zu reagieren hatte. Das Ergebnis war für ihn eine „kunstvolles Spiel mit den fünf Kugeln“, verkörpert durch die damaligen europäischen Mächte. Dieses Spiel erforderte ein Höchstmaß an diplomatischer Geschicklichkeit, denn es mußte beständig austariert werden. Das von ihm kunstvoll aufgebaute Bündnissystem besaß dabei durch den Einschluß Rußlands, so wie er im Rückversicherungsvertrag (18.06.1887) zum Ausdruck kommt, eine tragende Komponente. Im Grunde war dieser Vertrag die Krönung einer Folge von Verträgen und ist ohne diese nicht zu verstehen.<sup>11</sup> Dem Rückversicherungsvertrag gingen das Dreikaiserabkommen von 1873 und der Dreikaiservertrag von 1881 voraus. Während deutsche Verhandlungen 1881 mit England, und hier war man deutscherseits bestrebt, heraufziehende Spannungen auszugleichen (auch das ist eine Fußnote zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges), enttäuschend verliefen, bekundete Rußland sein deutliches Interesse an der Erneuerung des Dreikaiserabkommens. Wieder verhielt sich Österreich äußerst zögerlich. Schließlich aber konnten sich Kaiser Wilhelm I., Zar Alexander III. und Kaiser Franz-Josef 1881 im Rahmen des Dreikaiservertrages einigen. Einer der zentralen Plätze in Berlin erhielt aus diesem Anlaß den Namen Alexanderplatz. In ihm sicherte man sich gegenseitig wohlwollende Neutralität zu im Falle eines Krieges eines Partners mit einer vierten Großmacht. Die Partner erkannten außerdem – und das ist aufschlußreich in Bezug auf die heutige Situation der Krim – die russische Auslegung des Grundsatzes von der Schließung der Meerengen an, wonach die Türkei gegenüber anderen Mächten im Kriegsfall zur Schließung der Dardanellen verpflichtet war, während sie nach englischer Ansicht die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe erlauben sollte. Die englische Position macht wieder einmal deutlich, wie sehr die angelsächsischen Mächte nach Beherrschung des Schwarzen Meeres streben. Für Bismarck war es hingegen eine Voraussetzung, daß Rußland des Schwarze Meer mit seinem Zugang als freier Bewegungsraum zugebilligt wurde. In seiner *Gedanken und Erinnerungen* vermerkt er dazu: „...und das Verbot der freien Bewegung an der eigenen Meeresküste war für eine Macht wie Rußland auf die Dauer unerträglich, weil demütigend“ (GE, 192).

---

<sup>11</sup> Eine schematische Darstellung in Form eines Diagramms, die die Bündnissysteme Bismarcks (1879/82 und 1887-1890) veranschaulicht, findet sich bei Andreas Ros, *Deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck (1862-1890)*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2013, S. 95 und 119. Hierzu auch: Georgess-Henri Soutou, „Ein Spiel mit vielen Bällen: Bismarcks Bündnissystem in der Bewährung“, in: Ulrich Lappenküper, Katarina Urbach (Hgg.), *Realpolitik in Europa – Bismarcks Weg*. Paderborn: Schöningh, 2016, S. 175-184.

1873 hatte Frankreich Elsaß-Lothringen an das Reich verloren und sann dementsprechend auf eine nicht nur politische Revision der Verhältnisse, d.h. es suchte auch nach Koalitionspartnern für ein militärisches Vorgehen. Um Frankreich zu isolieren und französische Koalitionsmöglichkeiten gegen Deutschland auszuschalten, suchte Bismarck die freundschaftliche Verbindung mit Rußland, zugleich aber auch mit Österreich. Habsburg war jedoch anfänglich nicht geneigt, sich einem Bündnis anzuschließen, da dieses auch eine Option gegen England und dessen Mittelmeerambitionen bedeuten könnte. So kam es zunächst in St. Petersburg lediglich zu einem deutsch-russischen Militärabkommen. Erst der Besuch des Zaren in Schönbrunn konnte Österreich für das Abkommen gewinnen.<sup>12</sup> Es war dies ein bedeutender diplomatischer Akt, den Bismarck aus dem Hintergrund steuerte, insbesondere wenn man an die bereits bestehenden Spannungen zwischen Rußland und Wien auf dem Balkan denkt. Dieses Abkommen entsprach durch seine außenpolitisch defensive und innenpolitisch konservative Grundhaltung der Politik Bismarcks. In einer Demarche an Kaiser Wilhelm vom 28. Juli 1887 legt Bismarck mit großer Deutlichkeit das ausschlaggebende Motiv des Abkommens dar und betont, daß es dabei um die Verhinderung einer – wie er sagt – „Friedensstörung“ durch Frankreich geht. Dabei ist er sich bewußt, daß die Befristung auf nur drei Jahre eine durchaus schmerzliche Schwäche der Konstruktion darstellt, die dann offenbar wurde, als der Vertrag zur Verlängerung anstand. Bismarck schreibt hierzu: „Der Hauptzweck unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Ein Angriff Frankreichs auf Deutschland infolge innerer französischer Zustände und Vorgänge halte ich nach wie vor für die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa; viel wahrscheinlicher als die eines russischen Orientkrieges“.<sup>13</sup>

Schließlich veränderte sich das personelle Environment der deutschen Staatsführung seit 1888 grundlegend in kurzer Zeit. Am 9. März 1888 verstarb Wilhelm I.; nur drei Monate später verschied auch sein Sohn und Nachfolger, Kaiser Friedrich III., und im Juni 1888 bestieg der erst 29 Jahre alte Enkel Wilhelms I. als Wilhelm II. dem Thron. Dieser umgab sich gleich mit Gegnern der Bismarckschen Politik, so dem Grafen Alfred von Waldersee und dem Vortragenden Rat der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Friedrich von Holstein.

---

<sup>12</sup> Die Schönbrunner Konvention wurde auf drängende Initiative Bismarcks am 22. Oktober 1873 bei anfänglichem Widerstreben von Alexander II. geschlossen. Sie trug dazu bei, einen Teil der bestehenden Spannungen abzubauen, so daß auch das deutsch-russische Verhältnis verbessert wurde.

<sup>13</sup> Zitiert nach: Helmuth K.G. Rönnefarth, *Konferenzen und Verträge*. Teil 2: 1493-1952. *Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte, Vereinbarungen, Manifeste und Memoranden*. Ploetz, 1953, S. 370.

Von Anfang an entwickelte Wilhelm II. die Neigung, sich mit anderen Vorstellungen in die Politik Bismarcks nicht nur einzumischen, sondern dem politischen Geschäft des Kanzlers auch entgegenzutreten. So wie Holstein der Außenpolitik eine völlig neue Richtung gab, so war Waldersee, ab 1888 als Nachfolger Moltkes als Chef des Generalstabs der Arme, ein entschiedener Anhänger der Präventivkriegstheorie und ein entschlossener Gegner der Rußlandpolitik Bismarcks. Er wartete lediglich auf einen Schwächemoment Rußlands, um den als Gegner empfundenen Staat militärisch in die Knie zu zwingen. Die Entlassung Bismarcks zeichnete sich ab, und das Verhältnis zu Rußland nahm eine andere Wendung. Es hat fast eine symbolische Dimension, daß die Entlassung Bismarcks am 20. März 1890 zeitlich mit dem Ablauf der Gültigkeit des am 18. Juni 1887 für drei Jahre abgeschlossenen Rückversicherungsvertrages zusammenfällt.

Die Zeitgenossen empfanden den Weggang Bismarcks einhellig als tiefgreifenden Epochenwechsel, eine Auffassung, die auch die heutigen Historiker allgemein teilen. Am 17. März 1890 kehrte der russische Botschafter Pawel Schuwalow aus St. Petersburg nach Berlin zurück und teilte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit, daß er vom Zaren ermächtigt sei, den im Juni 1890 abgelaufenen geheimen deutsch-russischen Vertrag auf sechs Jahre zu verlängern „und zwar in der Absicht, diese Abmachung nunmehr als eine dauernde anzusehen“.<sup>14</sup> Das russische Interesse an einer Vertragsverlängerung erklärt sich auch dadurch, daß ein Passus die deutsche Unterstützung in der Meerengenfrage verspricht.

Am 20. März 1890 ließ Wilhelm II. Schuwalow zu sich kommen, um ihm mitzuteilen, daß er sich in der „traurigen Notwendigkeit“ befinde, sich vom Kanzler trennen zu müssen. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der „inneren Politik“ bestünden für diese Trennung keine politischen Gründe; nur aus „Gesundheitsrücksichten“ gebe er dem Kanzler die Freiheit. In den Beziehungen zu Rußland solle nichts geändert werden. Wilhelm II. wörtlich: „... die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters und es ist die meinige“. Auf diese Nachricht hin hielt der Zar zwar sein eng an die Person Bismarcks gebundenes Angebot für einen Augenblick zurück, um sich auf die neue Situation einzustellen, erneuerte dann aber gleich wieder sein Angebot nachdrücklich und telegraphierte nach Berlin, er sei bereit, die Vertragsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Hier setzte ein eigenartiges politisches Verwirrspiel ein, das nur durch die Einwirkung des Auswärtigen Amtes

---

<sup>14</sup> Die wörtlichen Passagen entnehme ich: Bernhard Schwertfeger, *Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung. Zweiter Teil: Der Neue Kurs*. Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1924, S. 3-9; hier sind auch die zu den Zitaten gehörenden Dokumente ausgewiesen.

und dessen Parteigänger zu erklären ist: Der Kaiser wurde zunächst nicht von der festen Entschlossenheit informiert, mit der der Zar trotz der Entlassung Bismarcks den Vertrag verlängern wollte. Zwar setzte sich auch der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Hans Lothar von Schweinitz, als guter Kenner der Sachlage und entschiedener Anwalt der Politik Bismarcks für eine Erneuerung des Vertrages ein, wurde jedoch durch die Stellungnahmen des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Berchem, dem Vortragenden Rat von Holstein und vor allem durch Reichskanzler von Caprivi überstimmt. Der Kaiser gab daher dem deutschen Botschafter für den Zaren die recht umwundene Erklärung mit: „... wie diesseits der bestimmte Wille vorliege, nach wie vor die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, wie aber in dem Personenwechsel, der sich in Deutschland gegenwärtig vollzogen, und der uns das Bestreben nahelege, fürs erste uns ruhig zu verhalten und in keinerlei weitergehenden Verhandlungen einzutreten, der Grund liege, weshalb wir für geraten halten, von einer Erneuerung des Vertrages abzustehen [sic]“.<sup>15</sup> Der russische Außenminister Nikolai von Giers war bei dieser Nachricht wie vor dem Kopf geschlagen und brauchte lange, sie überhaupt zu verarbeiten. In der Folgezeit gab er sogar die Hoffnung nicht auf, den Vertrag wenigstens durch einen Notenaustausch oder einen diplomatischen Briefwechsel ersetzen zu können. Am 3. April 1890 berichtet Botschafter von Schweinitz in einem Telegramm über eine Audienz beim Zaren, „daß der Zar sein festes Vertrauen bekundet habe, Deutschland und Rußland würden gut zusammenhalten. Hoffentlich werde Caprivi nicht wie Graf Waldersee den Krieg wünschen und herbeizuführen suchen“.<sup>16</sup> Bereits im März 1890 hatte Botschafter von Schweinitz, dem es als Sachkenner der Zusammenhänge angesichts der möglichen Folgen unheimlich wurde, alarmierend an Caprivi geschrieben: „Ich halte es nicht für ratsam, die Hand, welche der Zar nochmals ausstreckt, zurückzustoßen; dagegen scheint es mir wohl möglich, in Anbetracht der herabgeminderten Ansprüche Rußlands etwas Schriftliches zu vereinbaren, welches [...] uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die ersten Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde“.<sup>17</sup> Diese Quelle ist gleich aus mehreren Gründen aufschlußreich: Sie läßt erkennen, daß Rußland seine Bemühungen um Vertragsverlängerung fortsetzt. Weiterhin ist Rußland bereit, seine Forderungen, so insbesondere in Bezug auf den Balkan, herabzusetzen, um einen Vertragsabschluß zu erreichen. Und es spiegelt sich der Bismarcksche Grundgedanke, durch ein Einvernehmen mit Rußland im Falle eines französischen Angriffs einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden.

---

<sup>15</sup> B. Schwertfeger, S. 5.

<sup>16</sup> B. Schwertfeger, S. 6.

<sup>17</sup> Ebd.



Als von russischer Seite auch weiterhin das Interesse an einer Vertragsverlängerung bekundet wurde, erörterte man die Frage in Berlin im Mai 1890 erneut. Entscheidend war dabei die Haltung des Reichskanzlers von Caprivi. Er sah in dem russischen Wunsch die vornehmliche Absicht, den Dreibund zu sprengen. Außerdem sei es an der Zeit, sich angesichts der politischen Veränderungen von dem „künstlich gewordenen Bündnissystem des Fürsten Bismarck zu entfernen“. Botschafter von Schweinitz wurde daher angewiesen, die „wiederholten Anerbietungen des russischen Außenministeriums höflich und freundlich, aber definitiv abzulehnen“.<sup>18</sup>

Sigrid Wegner-Korfes vermittelt in ihrer umfassenden Darstellung *Otto von Bismarck und Rußland* ein treffendes Bild von der eingetretenen Lage: „Die voreilig gefaßte Entscheidung der deutschen Regierung, den Rückversicherungsvertrag nicht zu erneuern, führte zur Zuspitzung der internationalen Lage in Europa und gab den militaristischen Kräften in allen Staaten Auftrieb. Sie muß daher als grundlegende Zäsur der deutschen Außenpolitik bezeichnet werden und trug wesentlich dazu bei, daß sich die zaristische Außenpolitik von 1891 an notgedrungen hauptsächlich auf das politische, militärische und finanzielle Bündnis mit der französischen Republik orientierte“.<sup>19</sup> In der Tat hatten Waldersee und Holstein Reichskanzler von Caprivi davon überzeugt, daß ein Zweifrontenkrieg für Deutschland unumgänglich sei und sich das Land darauf vorbereiten müsse.<sup>20</sup> In der Folgezeit schwanken die Beziehungen zwischen beiden Ländern erheblich. Zwar sind die Signale des deutschen Kaisers, mit Rußland ein gutes Auskommen zu finden, nicht zu übersehen, aber gleichzeitig sind andere Kräfte am Werk, die in eine entgegengesetzte Richtung arbeiten. Die Glückwünsche des Kaisers zur Hochzeit des Zarenpaares am 26. Mai 1896 in Moskau beantwortet der Zar mit dem Hinweis auf die „intimen Freundschaftsbeziehungen, die traditionell unsere Häuser verbinden“.<sup>21</sup> Im gleichen Sinne betont der Zar bei einem Besuch in Kiel am 7. Juni 1892 anlässlich einer Flottenparade die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Reichskanzler von Caprivi hebt sogar am 26. Oktober 1894 das von Bismarck verordnete Lombardverbot wieder auf, um „die Wege freundschaftlichen Nebeneinanderlebens mit Deutschland zu ebnen“ und kommt Rußland damit weit entgegen. Aber die tragende Grundlage eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen beiden Staaten war nun verlorengegangen. Die freundschaftlichen Bekundungen beider Monarchen wirken wie die nach außen gerichteten Verlautbarungen im

---

<sup>18</sup> B. Schwertfeger, S. 7.

<sup>19</sup> Sigrid Wegner-Korfes, *Otto von Bismarck und Rußland*. Berlin: Dietz, 1990, S. 163.

<sup>20</sup> B. Schwertfeger, S. 7.

<sup>21</sup> B. Schwertfeger, S. 261.

dynastischen Bereich einer anderen Welt, Beruhigungen, die angesichts einer mächtigeren Entwicklung verhalten.

Am 23. November 1892 wurde auf Initiative Reichskanzlers von Caprivi die große Militärvorlage eingebracht, die in Rußland beträchtliche Ängste schürte und zu Truppenverstärkungen an der Westgrenze führte. Zahlreiche großsprecherische Reden deutscher Persönlichkeiten gossen noch Öl in das Feuer. Bereits am 27. August 1891 kommt die geheime russisch-französische Entente in Paris zustande. Im gleichen Monat erschien die französische Flotte zu einem Freundschaftsbesuch in Kronstadt, der im Oktober 1893 durch einen russischen Flottenbesuch in Toulon erwidert wurde. Am 17. Juni 1893 wurde die Handelskonvention zwischen Rußland und Frankreich geschlossen, und Frankreich spekuliert dabei auf russische Unterstützung bei der Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen. Am 1. August 1893 drohte Rußland einen Maximaltarif für die eingeführten deutschen Waren zu erheben. Und schließlich wurde am 31. August 1909 die englisch-russische Entente geschlossen.

Die Lösung der politischen Übereinkünfte mit Rußland war der Reichsregierung nicht aufgezwungen worden, im Gegenteil, seit 1890 verschloß sie sich allen russischen Werbungen. Als Alexander III. im August 1890 Wilhelm II. und Caprivi zu den russischen Manövern in Narva einlud, um bei dieser Gelegenheit seine Offerten vorzutragen, blieb dies ohne Folgen. Eine neue Generation der 40jährigen hatte die Führung übernommen, und der neue Kurs ging in eine andere Richtung. Bismarck sah jetzt den fortschreitenden Zerfalls seines kunstvoll aufgebauten Bündnissystems und seine Sorge vor einer Einkreisung des Reiches durch Frankreich und Rußland wuchs. Nach seiner Entmachtung am 20. März 1890 verblieben ihm noch acht Jahre, um die sich anbahnende Entwicklung nach Möglichkeit zu beeinflussen. Er zog sich nach Friedrichsruh zurück, wo man ihn wie einen Aussätzigen in Quarantäne behandelte: Keine offiziellen Kontakte, auf seine Erfahrungen wurde nicht zurückgegriffen, seine Beziehungen nicht genutzt. Aber die verbliebenen acht Jahre wurden für den gestürzten Kanzler eine extrem unruhige und aktive Zeit.<sup>22</sup> In geschickter Weise wußte er die großen Presseorgane zur Verbreitung seiner Position einzusetzen und damit seine Form der Opposition zu betreiben. Vor allem gewährte er den großen russischen Zeitungen Interviews, die seine Ansichten dann bis in die letzten Winkel des Zarenreiches trugen. Am 23. Mai 1890 sah sich Caprivi veranlaßt, einen Cirkularerlaß an alle deutschen Botschaften und Gesandtschaften herauszugeben, „daß Bismarcks Anschauungen kein politisches Gewicht hätten“.<sup>23</sup> Die Bombe

---

<sup>22</sup> Zur Rolle Bismarcks nach seiner Entlassung und seinen politischen Intentionen: Wolfgang Stribny, *Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung (1890-1898)*. Paderborn: Schöningh, 1977.

<sup>23</sup> S. Wegner-Korfes, S. 165.

platzte als Bismarck am 3. Juni 1891 in den ihm gewogenen *Hamburger Nachrichten* die Existenz des geheimen Rückversicherungsvertrages enthüllte und erklärte, „daß es unvorsichtig war, die beiden Stränge, die Deutschland früher auf seinem Bogen hatte, nicht zu behalten, sondern den russischen Strang zu durchschneiden“.<sup>24</sup> Genau ein Jahr später fand sich in einem Interview mit der Wiener *Neuen Freien Presse* am 23. Juni 1892 sein berühmt gewordener Satz: „Der Draht ist abgerissen, welcher uns mit Rußland verbunden hat“.

Bismarck war nun die Möglichkeit einer direkten politischen Einflußnahme genommen und er sah sein Lebenswerk, Deutschland und Rußland in ein Gleichgewicht zu bringen, zerfallen. Die Absetzung Caprivis im Oktober 1894 wurde von ihm zwar mit Genugtuung aufgenommen und löste auch in Rußland erhebliche Erleichterung aus, aber es war kein Reservoir mehr vorhanden, das an die Bismarcksche Politik anknüpfen ließ. Zu fest war das Reich bereits in Verträge eingebunden, die andere Bezugspunkte hatten. Die folgenden Versuche einer Rekonstruktion des Verhältnisses zu Rußland liefen ins Leere. Nach der Doggerbankaffäre (21-28. Oktober 1904), die kurzfristig die Gefahr eines Krieges zwischen England und Rußland heraufbeschworen hatte, zeichnete sich nach der Beilegung des Konfliktes die fortschreitende Einkreisung Deutschlands immer deutlicher ab. Um der drohenden Einschließung zu entkommen, entschloß sich Reichskanzler von Bülow gegen den Widerstand von Tirpitz und Richthofen trotz der russischen Expansionsbestrebungen im Fernen Osten zu einem Kurswechsel gegenüber dem Zarenreich. Am 30. Oktober 1904 ging daher ein umfassendes Bündnisangebot an den Zaren. Der französische Druck auf den Zaren war jedoch so stark, daß dieser auch unter dem Einfluß seiner Berater ablehnte.<sup>25</sup>

Einen letzten Versuch unternahm die deutsche Außenpolitik, als die russische Flotte bei Tsushima geschlagen (28. Mai 1905) und die russische Niederlage auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz abzusehen war. Dieser Schwächemoment Rußlands bot einen guten Ansatzpunkt für die deutschen Bemühungen, den Einschließungsring zu sprengen: Der Zar war erbittert über die Haltung Englands und enttäuscht über die ausbleibende Unterstützung Frankreichs. Auf einem kurzfristig anberaumten Treffen in den Schären von Wyborg konnte Wilhelm II. den Zaren daher bewegen, den deutsch-russischen Defensivvertrag von Björkö am 24. Juli 1905 zu unterzeichnen. Auch in diesem Falle vermochte die französische Diplomatie den Zaren davon zu überzeugen, daß ein derartiger Vertrag den Interessen Frankreichs entgegenstand, so daß die deutsch-russische Übereinkunft zwar offiziell nie gekündigt wurde,

---

<sup>24</sup> W. Stribny, S. 47.

<sup>25</sup> Barbara Vogel, *Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900-1906*. Düsseldorf: Bagel, S. 201-208.

aber letztlich ohne politische Wirkung blieb. Die Entwicklung in Europa hatte ein Stadium erreicht, in dem die kriegstreibenden Kräfte über Verträge hinweggehen konnten. Reichskanzler von Bülow untersagte dem Berliner Bankhaus Mendelssohn-Bartholdy, sich an der von Rußland dringend benötigten internationalen Anleihe zu beteiligen. Deutschland fand sich alleine, die Initiative ging an andere über.

### **Persönlichkeit und Vermächtnis**

Bilanziert man, so ist unverkennbar, daß Bismarck Rußland wesentlich näher stand als Frankreich und England. Frankreichs Revangepolitik schloß Sympathien von vornherein aus und der englische Parlamentarismus war ihm stets verdächtig. Für seine Haltung gegenüber Rußland findet sich keine eindeutige Erklärung. Ihr liegt offensichtlich eine nicht zu durchschauende Wechselbeziehung zwischen Gefühlen und Realitätssinn zugrunde. Zweifellos sprach ihn die feudale Struktur des Landes an, obgleich vieles daran nicht seine Zustimmung fand. Auch mag er in der Herrschaft des Zaren eine Garantie seines monarchischen Ideals gesehen haben. Dies aber sind untergeordnete Punkte angesichts seiner politischen Weitsicht. Er hatte erkannt, daß das Deutsche Reich und Rußland europäische Festlandsmächte bilden, die infolge der räumlichen Zuordnung aufeinander bezogen sind und in unterschiedlicher Ausprägung manifeste Interessenkonvergenzen haben. Dies hatte offensichtlich auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin im Sinn, als er am 25. September 2012 vor dem Deutschen Bundestag in deutscher Sprache den folgenden Satz sagte: „Die russisch-deutschen Beziehungen sind ebenso alt wie unsere Länder. [...] Zwischen Rußland und Amerika liegen Ozeane. Rußland und Deutschland dagegen verbindet bedeutende Geschichte“.<sup>26</sup> Für Bismarck war Rußland der große Nachbar im Osten, „Rußland unser alter Freund und Bundesgenosse“ (GE, 97), „der bisherige und immerwährende Nachbar“ (GE, 98). Diese Erkenntnis wurde zur Leitlinie seiner Politik. Damit nahm Rußland stets einen prominenten Platz in seinem politischen Kosmos ein. Sein politisches Handeln lief darauf hinaus, bei allen Unterschieden und Gegensätzen beider Staaten möglichst eine weiterführende Grundlage der Gemeinsamkeiten zu finden. Der an der Indiana University lehrende Historiker Otto Pflanze bemerkt treffend in seiner substantiellen zweibändigen Biographie *Otto von Bismarck. Der Reichsgründer*: „Die unverträglichsten Interessen sind bei ihrem Streben nach Sicherheit und Expansion gezwungen, die je entgegengesetzten zu berücksichtigen. Diese dynamischen,

---

<sup>26</sup> <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin.wort-244966>. Putin führte u.a. weiterhin aus: „Meine Damen und Herren, in unserer gemeinsamen Geschichte haben wir verschiedene Seiten, manchmal auch schmerzhaft, besonders im 20. Jahrhundert. Aber früher waren wir sehr oft Verbündete. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern wurden immer durch enge Abstimmung und durch die Dynastien unterstützt“.

stetem Wandel unterworfenen Beziehungen zu meistern, ist die eigentliche Aufgabe der Staatskunst. Kein Staatsmann ist sich jemals der Anforderungen, die diese Kunst stellt, bewußter gewesen als Bismarck“.<sup>27</sup> Damit ist die Politik Bismarcks auf den Punkt gebracht. Er hatte erkannt, daß in einer Welt, so wie sie sich in der Realität findet, kein ewiger Frieden herzustellen ist, die Gegensätze jedoch so auszutarieren sind, daß eine tragfähige Ordnung entsteht. In Anbetracht des kaum wägbaren Kräftespiels der europäischen Mächte war ihm daher das Einvernehmen mit Rußland von entscheidender Bedeutung, denn von ihm versprach er sich Konstanz in der Beziehung und die besten Voraussetzungen für das eigene Land. So formuliert er als Wegweisung: „... wir sollen froh sein, wenn wir in unserer Lage und geschichtlichen Entwicklung in Europa Mächte finden, mit denen wir auf keine Art von Konkurrenz der politischen Interessen angewiesen sind, wie das zwischen uns und Rußland bisher der Fall ist. Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Rußland nie die Notwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten oder dynastische Mißgriffe die Situation fälschen“ (GE, 192).

Man hat Bismarck vorgeworfen, daß in seinem so kunstvoll ausdifferenzierten Bündnissystem bereits im Zustandekommen der Keim des Scheiterns vorhanden war, doch ist diesem System eine gewisse Konstanz und Ausgewogenheit nicht abzusprechen. Innerhalb dieses Systems war Rußland zwar eine Variable, aber in der Perspektive Bismarcks doch eine berechenbare Größe, die politische Kontinuität im Interesse Deutschlands ermöglichte. Bei der Gewichtung von Interessen war er sich dessen bewußt, was sein Land von ihm forderte, und er tat keinen Schritt, der gegen diesen Grundsatz verstieß. Wenn er in der Interessenabwägung Konzessionen gegenüber Rußland machte, so stets mit dem Blick in die Zukunft und mit der Frage, ob ein derartiges Entgegenkommen später Vorteile für das eigene Land bringen würde. Dafür verfügte er über die einzigartige Fähigkeit, das Konzert der europäischen Mächte nicht nur feinfühlig wahrzunehmen, sondern auch die sich abzeichnenden Veränderungen in der zu erwartende Orchestrierung berücksichtigen zu können. Auf dieser Grundlage hat er sein politisches Vermächtnis formuliert: „Jedenfalls wird auch in der Zukunft nicht bloß kriegerische Rüstung, sondern auch ein richtiger politischer Blick dazu gehören, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Koalitionen zu steuern, denen wir nach unserer geographischen Lage und unserer Vorgeschichte ausgesetzt sind. Durch Liebenswürdigkeiten und wirtschaftliche Trinkgelder für befreundete Mächte werden wir den Gefahren, die im Schoße der Zukunft liegen, nicht vorbeugen, sondern die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre

---

<sup>27</sup> Otto Pflanze, *Bismarck. Der Reichsgründer*. Bd. 1, München: C.H. Beck, 1997, S. 760.

Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit steigern“ (GE, 533f.). Im Dezember 2022 wurde das Bismarck-Porträt aus dem Sitzungssaal des Auswärtigen Amtes entfernt. Dies war die zweite Entlassung Bismarcks. Der 1853 begonnene Krimkrieg hat noch nicht sein Ende gefunden ...